

Wir haben es nicht gewusst – diese Ausrede gilt für Schweizer Parlamentarier ab sofort nicht mehr

Das Ärztenetzwerk Aletheia informiert die Parlamentarier per eingeschriebenem Brief ausführlich über die wissenschaftliche Kritik an den Corona-Massnahmen

Veröffentlicht am 12. Februar 2021 von Red.

Dicke Post für die Mitglieder von National- und Ständerat: Die Ärztevereinigung «Aletheia» (griechisch für «Wahrheit») mit über 1000 Mitgliedern, auch aus anderen medizinischen Berufen, legt in einem Brief von sieben Seiten und dreissig Seiten Beilagen eine wissenschaftliche Sicht der Corona-Massnahmen dar, die von den Mainstream-Medien verschwiegen werden.

«Die aktuellen globalen und schweizerischen Massnahmen zur Bekämpfung von SARS-CoV-2 verstossen in hohem Masse gegen diese Vision von Gesundheit und Menschenrechten», schreiben die Ärzte. «Sie stehen in absolut keinem Verhältnis zur allgemeinen Bedrohung durch das Virus.»

«Was wir in unserem beruflichen und privaten Alltag erleben, deckt sich vielfach nicht im Ansatz mit den angst-einflössenden Berichten und Prognosen, welche die Medien und Behörden tagtäglich verbreiten. Wenn es - wie seit Monaten vermittelt - eine Pandemie von solch apokalyptischem Ausmass gäbe, wären die Konsequenzen ganz anderer Natur.»

Die laufende Impfkampagne mit einem neuartigen mRNA-Impfstoff hält Aletheia für «einen strafrechtlich relevanten Feldversuch an Menschen», da Sicherheit und Wirksamkeit in der verkürzten Testphase ungenügend geprüft worden seien.

Aletheia macht die Parlamentarier auf ihre «überfällige staatsrechtlich-institutionelle Verpflichtung zur Oberaufsicht gegenüber dem Bundesrat (Art. 169 BV) nachzukommen» aufmerksam. Die Bundesversammlung hätte es unterlassen, «die Grundlagen und die Wirksamkeit der bundesrätlichen Massnahmen einer unabhängigen, kritischen und wirksamen Kontrolle zu unterziehen», wie es Art. 170 der Bundesverfassung verlange. Damit seien «ganz zentrale Kontroll- und Korrekturmechanismen des Rechtsstaates Schweiz seit März 2020 auf unbestimmte Zeit ausser Kraft».

Die Forderungen von Aletheia zusammengefasst:

«Die sofortige Aufhebung aller erlassenen restriktiven Massnahmen, ausschliesslich faktenbasierte und vollständige Information der Bevölkerung von Seiten des Bundes über die Art, Nebenwirkungen und möglichen Langzeitschäden des Gen-Impfstoffes und die Wiedereinführung der Mitbestimmung des Volkes, wenn es um Freiheit einschränkende Massnahmen geht und die Rückkehr zur normalen (nicht „neuen“) Normalität, weil:

1. die Verhältnismässigkeit der Massnahmen zur realen Bedrohung nicht gegeben ist.

2. das SARS-CoV-2 nie die Gefährlichkeit gezeigt hat, wie von bestimmten Virologen und Epidemiologen repetitiv immer wieder behauptet wurde. Es verhält sich im zeitlichen und saisonalen Verlauf wie die bekannten Grippeviren, darunter auch das Coronavirus im Jahr 2003.
3. wir nie die vorhergesagten Todeszahlen erreicht haben wie prognostiziert wurde, auch wenn jeder einzelne Todesfall ein einschneidendes und emotionales Erlebnis für die Angehörigen ist.
4. im Durchschnitt keine signifikante Übersterblichkeit besteht, verglichen mit den letzten 10 Jahren, wenn man die demografischen Veränderungen in der Altersstruktur mit einbezieht.
5. die Spitäler nie überlastet waren und in ihrer Gesamtheit nie an ihre Grenzen gestossen sind, trotz der rigorosen Sparmassnahmen im Gesundheitswesen mit Spital- und Bettenschliessungen und deutlichem Personalabbau der letzten Jahre. Punktuell aufgetretene Überforderungen waren hausgemacht, sind systembedingt und nicht auf das Coronavirus abzuschieben.
6. die Intensivstationen im Schnitt eine 75%-ige Belegung nur sporadisch und lokal leicht überschritten haben.
7. die restriktiven Massnahmen (Lockdown) keinen nachweislichen Einfluss auf das Infektionsgeschehen haben.
8. zur Identifikation von sogenannt „Infizierten“ ein absolut untauglicher, nie validierter Test (PCR-Test) angewendet wird, mit welchem keine Infektion mit einem replikations- und ansteckungsfähigen Virus nachgewiesen werden kann.
9. ein Test angewendet wird, welcher aufgrund seiner Utauglichkeit enorme falsch hohe positive Resultate erzielt und auf dessen Basis Massnahmen ergriffen werden, welche einen unermesslichen wirtschaftlichen und sozialen Schaden anrichten, welchen die zukünftigen Generationen zu begleichen haben.
10. für eine Korrelation von positiven Tests mit der Gefährlichkeit des Virusgeschehens die wissenschaftliche Basis fehlt und es sich somit bei der angeordneten Massnahmenflut um nicht mehr nachvollziehbare Freiheitseinschränkungen handelt.
11. das Virus mit hoher Wahrscheinlichkeit mit einem Impfstoff nicht eradiziert werden kann. Das Virus mutiert zu schnell und man rennt ihm immer hinterher, wie bei allen Grippeviren.
12. man bei der Entwicklung des mRNA-Impfstoffes viele wichtige Schritte für Erkenntnisse der Sicherheit und Wirksamkeit ausgelassen hat, sowohl in den präklinischen als auch in den klinischen Phasen.
13. man eine Neuentwicklung, die in der Regel mindestens 8 bis 15 Jahre braucht, auf knapp ein Jahr zusammengestaucht hat, mit dem Resultat, dass wir eigentlich viel zu wenig über die Wirksamkeit und vor allem über die Nebenwirkungen der Impfstoffe wissen. Es handelt sich um eine Black-Box.
14. es sich, aufgrund mangelnder Sorgfalt bei der Entwicklung des Impfstoffes, bei der Impfkampagne um einen strafrechtlich relevanten Feldversuch an Menschen handelt.
15. wir wollen, dass alle Kommunikationssysteme in Zukunft eine objektive, neutrale, der Wahrheit verpflichtete, umfassende und auf Wissenschaftlichkeit beruhende, Angst und Panik vermeidende Berichterstattung anwenden. Sie sollen jegliche diffamierenden und beleidigenden Aussagen gegenüber Andersdenkenden und sich kritisch Äussernden unterlassen und ihnen den entsprechenden Raum zu ihrer freien Meinungsäusserung in den Medien zugestehen. Vor allem sollen sie ihrer Verpflichtung nachkommen, alles und jedes zu hinterfragen und mit fundierten,

seriösen Recherchen versuchen, die „-Wahrheit-“, soweit es menschenmöglich ist, ans Licht zu bringen.

Quelle:

Covid-19 - Offener Brief von Ärzten, Wissenschaft, Unternehmern und Angehörigen der Gesundheitsberufe der Schweiz. An alle Mitglieder von Bundesrat, Nationalrat, Ständerat, Regierungsräte, sowie an das BAG und die Kantonsärztinnen und -ärzte. -

10. Februar 2021

Dokumente

Quelle: <https://corona-transition.org/wir-haben-es-nicht-gewusst-diese-ausrede-gilt-für-schweizer-parlamentarier-ab>
20210212 DT (https://stopreset.ch)